

»Das Bildungsticket schafft Bildungschancen«

Anne Holowenko



# VORNE LINKS

Die Fraktion im Dresdner Stadtrat

April/Mai 2022



**Vision für Dresden**

In Graz wird die Vision einer gerechten Gesellschaft Realität – eine Veranstaltungseinladung. » Seite 3

## Regeln gelten für alle

Dirk Hilberts Kandidatur wackelt. DIE LINKE hat gegen die Zulassung seiner Bewerbung Beschwerde eingelegt

Mitunter ist jetzt der Hinweis zu hören, dass eine aussichtsreiche Kandidatur wie die Dirk Hilberts nicht durch juristische Entscheidungen verhindert werden dürfe, dass DIE LINKE sich um Inhalte und nicht um Formalien kümmern solle. Ich meine: Regeln gelten für alle – ob aussichtsreicher Kandidat oder nicht, ob randständig oder bürgerliche Mitte.

Wer will den Leuten erklären, dass im Falle Hilberts ein Auge zugeedrückt werden kann, wenn sich seine Wählervereinigung nicht an die Regeln hält – nach zwei Jahren Pandemie, in der die Politik einschneidende Regeln in allen Le-

bensbereiche formuliert, teilweise im Wochentakt abgeändert, aber jede sichtbare Abweichung klar sanktioniert hat?

Und: Hilberts Wahlverein ist das Feigenblatt, hinter dem er seine FDP-Mitgliedschaft versteckt. Zu diesem Verein gehört eine Handvoll von Leuten, darunter die für die Zulassung des Wahlvorschlages so wichtige Vertrauensperson, die wohnhaft in Dresden sein muss. Ist sie aber nicht.

Was sie aber mit Hilbert verbindet, ist ihre Tätigkeit als Stadtfestmacher, als direkter Profiteur einer Kandidatur Hilberts. Hilberts Wackelkandidatur zeigt jetzt ein-

drucksvoll, wo Lobbyismus und Günstlingswirtschaft innerhalb eines kleinen erlauchten Kreises führen können.

Diese Oberbürgermeisterwahl sollte sich – ob mit oder ohne Hilbert – deshalb an der Frage entscheiden, wer die Günstlinge kommunaler Verantwortungsträger sind: umtriebige Unternehmer, die aufs richtige Pferd setzen, aber bei dessen Anmeldung scheitern, oder die große Mehrheit, die Dresden gerechter, nachhaltiger, demokratischer, sowie das Handeln der städtischen Verwaltungsspitze transparenter haben will.

Thomas Feske

### PANDEMIEBEKÄMPFUNG

## Offenhalten!

Stadtteilbibliotheken sind ein Ort der Kultur, der Bildung, der Begegnung abseits von Arbeitsplatz und häuslicher Sorgearbeit. Dass der Oberbürgermeister nun in Größenordnungen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von dort abziehen und bei der Corona-Bekämpfung einsetzen will, verdeutlicht seine Prioritätensetzungen. Sie stehen in der Tradition der bundesweiten Pandemiepolitik der letzten zwei Jahre. Als die Inzidenzen durch die Decke gingen und Kultureinrichtungen schon lange geschlossen waren, durften Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer noch immer in dicht gepackten Bussen zur Arbeit fahren, wurde jede Schicht in der Werkshalle zum Super-Spreader-Event. Kunst, Kultur, Bildung, Amusement – alle Momente musischen Lebens standen mit Pandemiebeginn zur Disposition – wehe aber, jemand schlosse Großraumbüros und Werkshallen. Bildungschancen brauchen Bildungseinrichtungen – ob in Bibliotheken oder in der Dresdner Straßenschule. » Seite 7



## INTERVIEW

# Gute und schlechte Flüchtlinge



Warnt vor der Ungleichbehandlung Geflüchteter: Magnus Hecht

**M**agnus Hecht ist Mitglied der Linksfraktion und zugleich in der Migrationssozialarbeit tätig. Vor dem Hintergrund des Krieges in der Ukraine haben wir mit ihm über die aktuellen Herausforderungen in seinem Beruf gesprochen.

**Magnus, Du bist neben Deiner Stadtrats-tätigkeit für unsere Fraktion von Beruf Regionalkoordinator Migrationssozialarbeit. Was machst Du da genau?**

Magnus Hecht: Ich führe mit einer Kollegin zusammen ein Team von zehn Sozialarbeiter:innen. Wir kümmern uns im Auftrag des Sozialamtes um alle Menschen, die im Kontext von Flucht und Asyl nach Dresden gekommen sind und auf der Neustädter Elbseite wohnen oder untergebracht sind. Wir haben am Sitz unseres Trägers, des Afropa e.V., ein Integrationsbüro für unsere Region, in dem wir Offene Sprechzeiten anbieten. Außerdem besuchen wir regelmäßig die Gemeinschaftsunterkünfte, also die Heime, und bieten dort soziale Beratung an. Da geht es um Themen wie Behördenpost, Familie, Gesundheit, Wohnen, Arbeit, aber auch Schulden und Probleme jeder Art.

**Durch den Krieg Russlands gegen die Ukraine kommen seit Februar sehr viele Menschen aus der Ukraine. Wie hat sich eure Arbeit dadurch verändert?**

Es konnten sich innerhalb weniger Wochen schon sehr viele Menschen aus der Ukraine retten. Für Dresden heißt das »improvisieren«, um den hier Angekommenen und dann Gebliebenen eine gute Aufnahme zu ermöglichen. Neben den Strukturen der Stadtverwaltung, also des Sozialamtes hat vor allem sehr viel zivilgesellschaftliches Engagement in der Krise geholfen. Wir als Migrationssozialarbeit Dresden-Nord haben auf Anregung des Sozialamtes auch ein Team Ukraine aufgebaut und veranstalten einmal in der Woche im Weltclub auf der Königsbrücker Straße ein Ukraine-Treffen, besuchen die Turnhallen und Notunterkünfte, beraten Ehrenamtliche und organisieren Gruppenangebote. Das ist für alle Beteiligten, aber natürlich vor allem für die Geflüchteten, eine Krisensituation, die für Viele mit Verzweiflung und Schmerz verbunden ist.

**Welche Lehren können aus der Aufnahme der Menschen aus der Ukraine in Deutschland gezogen werden?**

Wir sehen, was in der Migrationspolitik möglich ist. Insofern müssen wir davon ausgehen, dass die bisherige schwierig ge-

staltete Politik gegenüber Geflüchteten absichtsvoll passiert. Nehmen wir als Beispiel die afghanischen Ortskräfte, deren Flucht nach Deutschland durch ihre ehemaligen Arbeitgeber des deutschen Staates immer weiter verzögert wird.

**»Ich fordere alle auf, keine zwei Klassen von Geflüchteten zuzulassen«** Magnus Hecht

**Konkret gefragt: Welche politischen Forderungen hast Du in diesem Zusammenhang?**

Ich fordere uns alle auf - Verwaltung, Zivilgesellschaft, Politik - keine zwei Klassen der zu uns Geflüchteten zuzulassen. Die Ukraine ist mit ihrer Entfernung und dem Fluchtweg sehr viel näher als andere Kriegs- und Krisenregionen, aus denen die Menschen zu uns kommen. Aber wir haben die ethische Pflicht, die Menschen aus Venezuela, Tschetschenien, Syrien, den kurdischen Gebieten oder Somalia gleich zu behandeln wie die aus der Ukraine. Alles andere spielt dem latenten Rassismus und damit dem politischen Gegner in die Hände.

Das Gespräch führte Thomas Feske



Das AfD-Konzept ist klar: über Hetze Konflikte schüren

## UNVERFRORENHEIT

## Streit schüren, Honig saugen

**B**ei der Bereitstellung von Geld für die Versorgung ukrainischer Geflüchteter verschaffte der Stadtrat dem Oberbürgermeister Ende März in seltener Einigkeit mehr Handlungsfreiheit. Nur eine Fraktion sah wieder einmal die Gelegenheit gekommen, Unfrieden zu stiften.

Nicht dass jemand überrascht gewesen wäre. Aber immer wieder überrascht mich die AfD mit ihrer Unverfrorenheit.

Der Oberbürgermeister legte dem Stadtrat eine rein technische Vorlage vor, in der er um eine Erleichterung bat. Normalerweise muss er bei größeren Abweichungen vom Haushaltsplan um Erlaubnis bitten. Ab wann er das muss, steht in der Hauptsatzung und auch in der Haushaltssatzung. Auf die Art erhält der Motor Stadtverwaltung eine Karosserie und ein Getriebe, denn sonst würde uns der Treibstoff Geld nicht voranbringen, sondern die Stadt in alle Richtungen auseinandertreiben. Manchmal aber ist eine plötzliche Richtungsänderung nötig, und dann muss der OB auch ohne Einzelerlaubnis lenken dürfen.

So ein Ereignis ist die Ankunft vieler Ukrainischer Flüchtlinge, die, so schnell es geht, Unterkunft, Verpflegung, Kita- und Schulplätze und so weiter benötigen. Das kostet erst einmal Geld, mehr, viel mehr als im Haushaltsplan steht.

Alle sagen: Dem stimmen wir für einen begrenzten Zeitraum zu. Alle? Nein, nicht ganz. Einer Partei ist die Lage vollkommen egal. Und das ist ... die AfD. Sie will, dass das nötige Geld für die Versorgung der Ukrainer:innen zuallererst aus den Etats für andere Flüchtlinge kommt.

Während viele Menschen helfen, fast ebenso viele fordern, dass alle Flüchtlinge gleichbehandelt werden, und sich, unabhängig von der Einschätzung des Krieges, eine wohlthuende Gemeinsamkeit in der Unterstützung Schwächerer zeigt, enttarnt sich die AfD selbst. Nicht unerwartet: Als Partei, die selbst in dieser Situation Streit und Unfrieden schürt und sich davon dann politisch nähren will.

Tilo Kiebling



## EINLADUNG

# Vorbild Graz?

**B**ei den Kommunalwahlen im September letzten Jahres erreichte die KPÖ in Graz 29 Prozent. Ein Erfolg mit Ansage, kein kurzes Intermezzo, das auf eine demoskopische Großwetterlage folgt. Die KPÖ sei, wie der Tagesspiegel schrieb, »auf lokaler Ebene wegen ihrer Bürgernähe seit Jahrzehnten eine wichtige politische Größe.«

Bürgernähe ist ein oft im Mund geführtes Wort. Im Falle der KPÖ steht dahinter aber ein klarer moralisch-politischer Kompass, der diese Bürgernähe mit Leben füllt. Wer mächtig sei, brauche keine Hilfe; Hilfe bräuchten die, die nicht im Rampenlicht stünden, sagte etwa die KPÖ-Politikerin Elke Kahr, die im November durch den Grazer Gemeinderat zur neuen Bürgermeisterin der zweitgrößten Stadt Österreichs gewählt wurde. Nun führt sie ein Bündnis aus Kommunisten, Grünen und SPÖ an.

Und dieses Bündnis liefert: ob Rettung von Theaterstandorten, Kauf von Waldstücken durch die Gemeinde, Erarbeitung eines Klimaschutzplans für Graz, Haftpflichtversicherung für Ehrenamtliche – unter Führung der KPÖ wird Graz täglich sozialer, ökologischer und demokratischer.

Dabei bewegen die Menschen in Graz ähnliche Themen wie die Dresdnerinnen und Dresdner – allen voran das Thema Wohnen. Was diesbezüglich in Graz passiert, zeigt nicht nur, dass wir als LINKE auch hierzulande den Finger zu Recht in die Wunde legen, sondern auch, was möglich ist, wenn Linke Verantwortung in der Verwaltung und an der Stadtspitze übernehmen. In Dresden hat DIE LINKE den Aufbau eines kommunalen Wohnungsbestandes durchgesetzt. In Graz passiert das auch, aber noch mehr: Während in Österreich landesweit die Richtwertmieten für 2022 um satte sechs Prozent angehoben werden, setzt Graz diese Anhebung für kommunale Wohnungen aus. Über Mietzinszuschlägen stellt die Gemeinde sicher, dass niemand mehr als ein Drittel seines Einkommens für die Miete aufbringen muss. Ein Kautionsfonds der Stadt hilft bei der Erstanmietung einer Wohnung und im Büro der Bürgermeisterin werden Wohnungen vermittelt.

## Vorbild Graz: Linke Utopien konkret umgesetzt

Podiumsdiskussion mit Georg Fuchs, Magistrat der Stadt Graz, und André Schollbach, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE im Dresdner Stadtrat

■ 29. April, 19 Uhr, »Haus der Begegnung«, Großenhainer Straße 93, Eintritt ist frei



Georg Fuchs



André Schollbach

Was in Graz passiert, klingt aus Dresdner Sicht wie eine Utopie. Es ist eine Utopie, die im Alltag reale Veränderungen hervorbringt. Diese real werdende Utopie ist zugleich ein Fingerzeig, wie DIE LINKE die Verhältnisse konkret verändern, Vertrauen zurückgewinnen und Hoffnung auf Veränderung wecken kann. Und damit in der Lage ist, Wahlen zu gewinnen.

Es lohnt sich, darüber zu reden. Deshalb freue ich mich sehr darüber, dass uns der Grazer Magistrat Georg Fuchs in Dresden besucht und wir gemeinsam über linke Utopien, fortschrittliche Kommunalpolitik und echte Bürgernähe ins Gespräch kommen.

Dazu lade ich alle Interessierten herzlich ein.

André Schollbach

**29. April**  
»Haus der  
Begegnung«  
19 Uhr



Neben der kommunistischen Stadtführung ist der Uhrturm das Aushängeschild von Graz

## ANTRITTSREDE

# Ein neues Kapitel

**A**uszug aus der Antrittsrede von Elke Kahr, der ersten Frau und Kommunistin in der Funktion der Bürgermeisterin von Graz.

»[...] Wenn jemand fragt, was jetzt in Graz anders wird, dann ist meine Antwort: Unser Blick auf viele Fragen wird nicht ein Blick von oben sein, sondern auch ein Blick von unten. Wer mächtig ist, braucht keine Hilfe, das brauchen andere, die nicht im Rampenlicht stehen.

Graz ist eine Stadt der Wissenschaft, eine Stadt der Kultur, eine Stadt der Industrie und des Gewerbes. Unsere Innenstadt und Schloss Eggenberg gehören zum UNESCO-Weltkulturerbe. Graz ist Menschenrechtsstadt. Das sind Stärken, die wir in den nächsten Jahren ausbauen und besonders schützen möchten.

Wir wollen aber auch dem profitgetriebenen Baugeschehen im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten Grenzen setzen. Deshalb ist die Revision des Flächenwidmungsplanes eine Aufgabe, die für uns Vorrang hat.

[...] Mit unserer Koalitionsvereinbarung öffnen wir in Graz ein neues Kapitel. Unsere Parteien wurden von Menschen gegründet, die sich gegen Ungerechtigkeit



und Ausbeutung gestellt haben und in der Tradition des Antifaschismus, der ArbeiterInnenbewegung, der Friedensbewegung, der Frauen- und der Umweltbewegung stehen. In ihrer Geschichte konnten sie vieles erreichen – für die arbeitenden Menschen, für die Gleichberechtigung und für unsere Umwelt.

Jetzt wollen wir an die besten Traditionen unserer Bewegungen anknüpfen, mit dem Ziel, Graz freundlicher, sozialer, ökologischer und demokratischer zu machen. Die Menschen, die in unserer Stadt leben und arbeiten – jung und alt, hier geboren oder zugezogen – leben und lieben unterschiedlich, haben verschiedene Talente, Neigungen, Berufe und Hobbys. Als Stadtreger werden wir gemeinsam mit der Grazer

Bevölkerung dafür eintreten, diese Vielfalt zu vereinen, indem wir Solidarität und Zusammenhalt leben.

Das ist unser Versprechen. Wir wollen damit auch ein Zeichen der Hoffnung in unsicheren Zeiten geben.

[...] Für mich ist dabei besonders wichtig, was wir in unserer Vereinbarung festgehalten haben: »Die neue Stadtregerung will Solidarität fördern und vorleben und wird auf der Seite jener Menschen stehen, die es sich nicht richten können. Wir wollen sicherstellen, dass Zusammenhalt und Teilhabe am Leben der Stadt für alle Grazerinnen und Grazer möglich sind.« Unsere Stadt muss für alle eine gute Heimat sein. Daran wollen wir gemeinsam arbeiten und ich werde meine ganze Kraft dafür auch einsetzen.«

**»Unsere Stadt muss für alle eine gute Heimat sein«** Elke Kahr

## PRIVATISIERUNG, MARKT UND INTERNET

# Plagende weiße Flecken

Die Kosten dem Staate, die Gewinne dem Unternehmen. Das gilt auch beim Dresdner Breitbandausbau.

Die Koalition unter Helmut Schmidt hatte 1981 einen Dreißig-Jahres-Plan für einen bundesweiten Glasfaserausbau beschlossen, aber ein Jahr später legte Kohl diesen aufs Eis und förderte das Kabelfernsehen. Das Kalkül dabei: Kupferkabel kosteten weniger als ein Drittel der Glasfaser und das Privatfernsehen sei ein Gegengewicht zu dem öffentlich-rechtlichen Fernsehen mit »einer absoluten linken Schlagseite«. Ein Vierteljahrhundert nach der Privatisierung der deutschen Telekommunikation ist es um den Zustand der digitalen Infrastruktur nicht gut bestellt: Neben dem lückenhaften Mobilfunknetz mit seinen Funklöchern, plagten den »Technologiestandort Deutschland« auch seine weißen Flecken.



Es gibt sie, nur leider nicht überall: Glasfaserkabel

So fasste 2018 auch der Stadtrat einen Grundsatzbeschluss zum Breitbandausbau in der Landeshauptstadt Dresden für das Ausbauprojekt »Unterversorgte Adressen« - die sogenannten weißen Flecken im Stadtgebiet. Als unterversorgt gelten gemäß den Fördervorschriften alle Adressen, die derzeit mit 30 oder weniger MBit/s Bandbreite versorgt werden können. Das Projekt wird vom Bund mit 50 Prozent und dem Freistaat mit 40 Prozent gefördert, die Stadt trägt den Eigenanteil von 10 Prozent. Für knapp 3.200 Adressen beläuft sich die Gesamtsumme auf fast 31 Millionen Euro. Das Telekommunikationsunternehmen Vodafone, das bei der europaweiten Ausschreibung den Vergabezuschlag erhielt, hat einen eigenwirtschaftlichen Investitionsanteil von 5,5 Millionen Euro.

Und wieder heißt es: Die Kosten dem Staate, die Gewinne dem Unternehmen. *Katharina Hanser*

# Nazis entwaffnen!

Der Trend zur Bewaffnung hält auch weiterhin an, wenn auch auf niedrigerem Niveau als in den Vorjahren



Die Gefahr, unverschuldet ins Fadenkreuz zu geraten, wird in Dresden immer größer

Waren es 2010 noch 31 erteilte Erlaubnisse zum Mitführen von Schreckschuss, Reizstoff- sowie Signalwaffen in der Öffentlichkeit, sind es 2020 mehr als 140. Der Höchststand wurde 2016 mit 703 erteilten Erlaubnissen erreicht. Besorgniserregend ist der anhaltende Trend insofern, dass es keinen Sachkundenachweis zur Führung von Schreckschusswaffen braucht, diese Waffen jedoch auf kurzer Distanz

schwerste bis tödliche Verletzungen erzielen können, auch wenn die Munition kein Projektil besitzt. Überprüft wird lediglich die »Zuverlässigkeit« sowie die »persönliche Eignung« der Antragsteller:innen, dazu zählt unter anderem ein sauberes Vorstrafenregister. Die Motivation, derartige Waffen mit sich zu führen, ist in der Regel ein sich verstärkendes trügerisches subjektives Sicherheitsgefühl bei den Waffenträ-

ger:innen. Auch ist ein gewisses »Imponiergehabe« von einigen nicht auszuschließen.

## Mehr scharfe Waffen

Weiterhin werden auch mehr Erlaubnisse zum Besitz von »scharfen Waffen« (Waffenbesitzkarte) ausgestellt als noch vor zehn Jahren. Im Jahr 2010 wurden 172 Waffenbesitzkarten erteilt,

in den letzten zehn Jahren wurde 2017 der Höchststand mit über 500 Waffenscheinen erreicht. Im Jahr 2021 wurden insgesamt 235 Waffenbesitzkarten ausgestellt. Damit steigt die Zahl der Waffen in Dresden weiterhin kontinuierlich an.

Durch vorgeschriebene Regelüberprüfungen der Waffenbesitzer kommt es immer wieder zum Entzug der Erlaubnis, Waffen zu besitzen. Auffällig hier ist, dass von diesen Verboten vor allem Neonazis und sogenannte Reichsbürger/Selbstverwalter betroffen sind. Klar ist

**Es ist fraglich, inwiefern Waffenbesitz durch Privatpersonen überhaupt gerechtfertigt ist**

aber auch, dass der sächsische Verfassungsschutz in den letzten Jahren auf dem rechten Auge stets blind war und es fraglich ist, ob wirklich alle Neonazis bzw. Reichsbürger vom Verfassungsschutz auch als solche eingeordnet werden. In jedem Fall brauchen wir eine konsequente Entwaffnung der gesamten Neonazi- und Reichsbürgerszene.

Insgesamt bleibt es aber auch fraglich, inwiefern der Waffenbesitz durch Privatpersonen überhaupt gerechtfertigt ist. Waffen sind eine potenziell tödliche Gefahr, wie bereits etliche Amokläufe gezeigt haben.

Solange es keine schärferen Waffengesetze durch den Bund gibt, muss der Kontrolldruck durch die Landeshauptstadt hoch bleiben, um zumindest den der Stadt ermöglichten Kontrollrahmen in Gänze zu nutzen. *Christopher Colditz*



# AfD – antisemitisch, frauenfeindlich, dumm

Im Stadtrat versuchte die AfD die Benennung einer Straße nach einer kommunistischen Jüdin zu verhindern

In der Sitzung Ende März sollte der Stadtrat auf Vorschlag des Stadtbezirksbeirates Neustadt die Benennungen mehrerer Straßen im neuen Wohngebiet an der Marienallee beschließen. Unter anderem nach der Dresdner Musiktheorie- und Klavierlehrerin Eva Büttner, geborene Malzmann (1886–1969). Neben ihrer beruflichen Tätigkeit am Musikonservatorium engagierte sie sich im Deutschen Arbeiter-Sängerbund. Als SPD- und ASPD-Genossin war sie mit reger Vortragstätigkeit in Frauengruppen tätig. Ihr umfangreiches Wissen, insbesondere in Fragen des kulturellen Lebens, ermöglichte ihr die journalistische Tätigkeit bei der Dresdner Volkszeitung und bei der Zeitung Volksstaat. Von 1922 bis 1926 gehörte sie als Abgeordnete dem Landtag an.

Als »Volljüdin« im Sinne der NS-Rasensideologie und »geschützt« in einer »arischen« Ehe konnte sie nach 1933 nur noch sehr eingeschränkt wirken. Dazu nutzte sie die Möglichkeiten in der »Israelitischen Gemeinde«. Ihre publizierten Beiträge dokumentieren noch heute das kulturelle jüdische Leben unter den Bedingungen des deutschen Faschismus.

Nach dem Tode ihres Mannes 1943 war Eva Büttner von der Ermordung be-



Die junge Eva Büttner in Dresden

droht. Sie überlebte versteckt im Dach eines Stalles das Kriegsende bei Pulsnitz. Nach 1945 trat sie der KPD bei und übernahm Funktionen beim Rat des Kreises Kamenz, unter anderem die Leitung des Kulturamtes.

Ausgerechnet zu dieser Persönlichkeit machte die AfD im Stadtrat einen

Gegenvorschlag mit Dr. Doerr, der durch die Erfindung der Russisch-Brot-Maschine und die Geschäftsführung einer Süßwarenfabrik bekannt ist. Begründet wurde das mit den Enteignungen der Großgrundbesitzer nach 1945.

## Antisemitismus

Wenn die AfD ausgerechnet hier ihre Zustimmung verweigert, setzt sie sich unweigerlich dem Ruch des Antisemitismus aus. Schon das, was die Frau zwischen 1933 und 1945 erleben musste, und ihre Rolle als Zeugin für jüdisches Leben in der Verfolgung, macht sie würdig, auf einem Straßenschild verewigt zu werden. Wer dies mit dem Verweis auf Enteignungen von Schlössern nach 1945 madig macht, überschätzt die Wirkmächtigkeit von Kulturamtsleiterinnen auf Kreisebene in diesen zentral von Berlin und mit Rückendeckung der SMAD durchgeführten Enteignungen bei weitem.

## Frauenfeindlichkeit

Die Straßennamen in Dresden werden weit überwiegend von männlichen Personen dominiert. Deshalb hat sich die

Stadt das Ziel gesetzt, Frauen bei der Benennung von Straßen zu bevorzugen. Selbst bei einer nachvollziehbaren Begründung wäre also Dr. Doerr nicht unbedingt erste Wahl gewesen, so lange mindestens gleich würdige Frauen bekannt sind. Da für Straßenbenennungen nur Verstorbene in Betracht kommen, konnte sich der arme Dr. Doerr gegen seine Instrumentalisierung auch nicht mehr wehren. Zumal die AfD es in ihrem Änderungsantrag nicht mal fertiggebracht hatte, eine Biografie und Begründung für die Ehrung zu Papier zu bringen.

## Dummheit

Nicht zuletzt führte die AfD hier ihre Unkenntnis oder Ignoranz von Verfahren spazieren. Zwar beschließt der Stadtrat Straßenbenennungen, das Vorschlagsrecht obliegt aber den Stadtbezirksbeiräten. Wäre also eine Benennung zweifelhaft, was sie vorliegend keinesfalls war, wäre der Vorgang in den zuständigen Stadtbezirksbeirat zurückzuverweisen.

Die Änderung fand keine Mehrheit. Jedoch nur DIE LINKE hat in der Debatte widersprochen. Die anderen Fraktionen schwiegen.

Tilo Wirtz

**Nicht zuletzt führte die AfD hier ihre Unkenntnis oder Ignoranz von Verfahren spazieren**

## SOWJETISCHES EHRENMAL GESCHÄNDET

# Gegen Instrumentalisierung

In der Nacht vom 6. zum 7. April 2022 ist das Sowjetische Ehrenmal im Treptower Park in Berlin geschändet worden. Der Vorsitzende der Linksfraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin, Carsten Schatz, die Wahlkreisabgeordnete Katalin Gennburg und der Bund der Antifaschisten Treptow finden dafür klare Worte:

»Das Sowjetische Ehrenmal ist ein Friedhof. Auf ihm liegen mehr als 7000 Rotarmisten aller sowjetischen Völker, auch Ukrainer und Belarussen, die bei der Befreiung Berlins im Mai 1945 gestorben sind. Sie waren es, die das Ende des fürchterlichen Zweiten Weltkrieges mit ihrem Leben erkämpften. Und mit diesem Ehrenmal ehren wir die Kämpfer, die uns befreiten. In der vergangenen Nacht ist das Ehrenmal geschändet worden mit Schmierereien, mit Hakenkreuzen, mit unsäglichen Sprüchen. Ein Friedhof darf niemals zum Schauplatz von Verunglimpfungen werden.

Bereits am letzten Sonntag wurde dieser Ort der Erinnerung und Mahnung missbraucht. Mit ihrem Autokorso demonstrierten mehrere hundert Menschen bei ihrer Fahrt durch Berlin auch



Ein Ort nicht nur der Erinnerung, sondern auch der Mahnung

im Treptower Ehrenmal für Putins Krieg und nutzten so diesen Friedhof für ihre Propaganda. Der Angriffskrieg der russischen Regierung auf die Ukraine ist aufs Schärfste zu verurteilen und jegliche diesbezügliche Propaganda verhöhnt die Opfer und Geflüchteten aus der Ukraine.

## Besserer Schutz nötig

Wieso die Polizei das Ehrenmal nicht besser geschützt hat, ist zu klären. Weitere Instrumentalisierungen und Schändungen des Ehrenmals sind zu unterbinden und der Gedenkort besser zu schützen. Als Antifaschist:innen verurteilen wir aufs Schärfste jegliche Geschichtsfälschung und insbesondere die Instrumentalisierung des antifaschistischen Erbes der Sowjetunion durch Putin und die russische Führung für ihre heutige Kriegspropaganda.

Für uns gilt heute wie vor 77 Jahren: Nie wieder Krieg! Nie wieder Faschismus! Sofortiges Ende des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine! Frieden für die Ukraine! Frieden für Europa! Frieden weltweit!«

Die Redaktion

# Mehr Verbindendes als Trennendes

»Gesprächsprojekt in Dresden, das dort stattfindet, wo Menschen jeden Tag versammelt sind: in den Straßenbahnen unserer Stadt«, so beschreiben die Macher ihr Projekt »metro\_polis«. LINKEN-Stadträtin Pia Barkow hat mit ihnen gesprochen.

**Liebe Kristina, du hast den Verein »metro\_polis« gegründet. Mit welchem Ziel?**

Wir wollen unterschiedliche Menschen miteinander ins Gespräch bringen. Es herrscht zunehmend eine Abwertung, teilweise gar Angst vor anderen Meinungen. Um diese zu überwinden, ist es wichtig, positive Erfahrungen zu machen, im Austausch mit Anderen, mit anderen Meinungen. Dafür wollen wir eine Atmosphäre schaffen und zu Gesprächen miteinander anregen.

**Wie entstand diese Idee?**

Die Idee kam auf in einer Situation, in der eine Anspannung zu spüren war, die Stadtgesellschaft gespalten schien. Die jeweiligen Gruppen haben häufig nur noch mit Menschen gesprochen, die ihre Meinung teilen. Wir haben Wege gesucht, Brücken zu schaffen, dass eben Menschen außerhalb ihrer *eigenen Blase* mit anderen reden.

**Wo und wie finden diese Gespräche statt?**

In der Straßenbahn. Die Straßenbahn bietet sich als Ort an, hier kann man einerseits nicht weg, meist gibt es keine wichtige Beschäftigung, die während der Fahrtzeit erledigt werden könnte. Und es sind ganz unterschiedliche Menschen, die zufällig die gleiche Bahn nutzen. Daher ist die Straßenbahn ein besonderer Ort und es ist sinnvoll, ihn zu nutzen, mit Menschen ins Gespräch zu kommen, mit denen man sonst nie ins Gespräch kommen würde.

Bereits im Jahr 2019 haben wir solche Straßenbahnfahrten durchgeführt und sehr positive Erfahrungen gemacht. Auch die DVB hat sehr viele positive Rückmeldungen von Fahrgästen erhalten.

**Wie läuft so eine Straßenbahnfahrt ab?**

Ein Moderationsteam befindet sich im hinteren Bereich der Bahn. Dort gibt es gut sichtbar den Hinweis auf unser Projekt. Die Moderator:innen sprechen Fahrgäste beim Einsteigen an und laden sie ein, sich zu uns zu setzen. Alles freiwillig. Die Leute bleiben so lange, wie sie wollen. Entweder bis zu ihrer Station oder sie beenden das Gespräch und begeben sich in einen anderen Bereich der Bahn. Es ist auch schon vorgekommen, dass Teilnehmer:innen so vertieft in eines der Gespräche wa-



Ein guter Ort für Gespräche: die Straßenbahn

ren, dass sie ihre Haltestelle verpasst haben. Andere waren so angeregt im Gespräch, dass sie einfach bis zur Endhaltestelle und wieder zurück mitfahren sind.

**Wer sind die Moderator:innen?**

Alle Moderator:innen durchlaufen eine Wochenendschulung, um einige Tricks und Hinweise zu erfahren und die Situation zu üben. Geeignet sind alle, die Interesse an Menschen und ihren Lebensgeschichten haben. Und die zudem ihre eigene Meinung zurückstellen können.

**Gibt es Themen, die häufig angesprochen werden?**

Nicht direkt. Es geht um alles Mögliche. Von der Meerschweinchenpflege über Berufswünsche, vom bevorsteh-

henden Arztbesuch über die Situation Geflüchteter in der Stadt. Es sind häufig ganz alltägliche Themen, gar nicht unbedingt konfliktbehaftete. Es stellt sich

**»Es ist schon vorgekommen, dass Leute so vertieft ins Gespräch waren, dass sie ihre Haltestelle verpasst haben«**

Kristina, »metro\_polis«

immer wieder heraus, dass ganz unterschiedliche Menschen, Interessen teilen und es schnell gelingt, ein Thema zu finden, mit dem beide bereits Erfahrungen gemacht haben. Das Leben enthält viel mehr verbindende Themen als trennende Themen.

**Gibt es Gespräche, die du besonders eindrucksvoll fandest?**

Einmal stieg ein Mann ein, der ganz frisch aus dem Gefängnis entlassen wurde. Sechs Jahre war er in Haft und befand sich in einer ganz schwierigen Lebensphase. Er hatte unheimliche Angst, keine Wohnung zu finden.

Neben ihm saß eine junge Frau, die auf diese Erzählung hin berichtete, dass sie selbst gerade eine Privatinsolvenz hinter sich hatte, selber kurz vor der Wohnungslosigkeit stand. Sie konnte dem Mann Angst nehmen und sagte, es sei in seiner Situation wirklich sehr unwahrscheinlich, dass er in die Wohnungslosigkeit rutsche. Sie konnte ihm große Hoffnung geben.

Für den Mann war es eine ganz besondere Erfahrung, nicht gleich abgewertet zu werden, sondern dass eine Fremde seine Geschichte anhört und dann auch noch gleich selbst von einer eigenen dramatischen Lebenserfahrung berichtet.

Das war wirklich ein bewegendes Gespräch. Es war auch für uns als Moderationsteam eine besondere Erfahrung, dass Menschen so offen sind und sich gegenseitig Mut machen können.

**Welche Rolle haben die Moderator:innen?**

Die Moderator:innen sollen die Menschen miteinander ins Gespräch bringen. Oft sprechen die Menschen unterschiedlich, laut oder leise, mit großem oder kleinem Wortschatz. Die Moderator:innen sollen das etwas ausgleichen, und den Gesprächspartner:innen helfen, solche Hürden zu überwinden und auf einer Ebene miteinander reden können.

Häufig läuft es sehr gut mit den Gesprächen, manchmal kommen aber auch Parolen, darauf gilt es dann gut zu reagieren. Das ist nicht immer einfach.

Die Fragen stellte Pia Barkow

■ DIE LINKE hat einen Antrag in den Stadtrat eingebracht, um die Durchführung dieses Projekts durch eine finanzielle Förderung zu ermöglichen.





Ort der Begegnung: Bibliotheken

# Drohende Schließung

Ende März brachten LINKE, SPD und Grüne einen Eilantrag ein, mit dem die Offenhaltung der Stadtteilbibliotheken gesichert werden sollte. Der Oberbürgermeister lehnte die Behandlung jedoch ab

Etwa hundert Beschäftigte der städtischen Bibliotheken sollen - beginnend sofort - ins Gesundheitsamt abgeordnet werden. Sie sollen dort verwaltungsseitig die Auswirkungen der Corona-Pandemie sowie die Umsetzung der einrichtungsbezogenen Impfpflicht unterstützen. Damit droht Dresdens Stadtteilbibliotheken die Schließungen auf unbestimmte Zeit.

Wir halten die Schließung von Stadtteilbibliotheken für eine Fehlentscheidung. Bibliotheken sind Orte der Bildung im umfassenden Sinne. Neben den ganzen Lasten, welche gerade Familien und Schüler:innen in den letzten beiden Jahren mittragen mussten - Testen, Testen und nochmals Testen, Schulschließungen; Digitalunterricht, ständige Quarantäne und mehr - hat auch vor allem die Bildung gelitten.

Im Bereich des Schreibens und Lesens sind nachweislich in dieser Zeit große Defizite entstanden. Die mehrfach ausgezeichneten Bibliotheken der Stadt Dresden sind eine fundamentale Säule, um diese Defizite auszugleichen. Die hohen Nutzer:innenzahlen zeigen, dass die vielfältigen Bildungsangebote auch rege genutzt werden. Hinzu kommt jetzt nun noch das Angebot, die digitale Anbindung der Geflüchteten aus der Ukraine zu unterstützen, zu beraten und zu begleiten.

Der Kulturbereich hat etwa tausend Beschäftigte, davon gehören 700 zu selbstständigen Kultureinrichtungen, welche nicht abgeordnet werden können. Bleiben also noch 300 städtische Angestellte, davon 144 Beschäftigte der Bibliotheken. Dabei gibt es bereits viele Abordnungen aus dem Kulturbereich - das Archiv arbeitet zum Beispiel nur noch im Notbetrieb. Jetzt weitere Mitarbeiter:innen abziehen, würde vor allem wieder zu Lasten der weniger privilegierten Menschen gehen.

So umstritten die neuen Coronaverordnungen, oder besser Nichtverordnungen, des Bundes auch sein mögen, so bleibt zu hoffen, dass dadurch ein Teil der Abordnungen an das Gesundheitsamt zurückgenommen werden.

Anja Apel

## Meinung

»Bibliotheken sind notwendig, weil sie jedem Kind und Jugendlichen kostenlos den Zugang zu literarischen und Sachbüchern aller Art ermöglichen



und durch die zielgerichteten Angebote an Kitas, Schulen und Familien Zugänge zu Literatur vermitteln, die in dieser großen Vielfalt nirgendwo anders möglich sind. Sie sind Orte, an denen Literatur lebt, an denen man miteinander ins Gespräch kommt und Neues kennenlernt. Anders als beim Lesen im Internet werden alle Sinne angeregt, ob man zielgerichtet sucht oder zufällig Spannendes entdeckt.«

**Anna Schwan**

Deutschlehrerin an der Freien Alternativschule Dresden

## BILDUNGSTICKET

# Chancen schaffen

Seit 2015 gibt es die Straßenschule der Treberhilfe Dresden e.V. mit Sitz in der Königsbrücker Straße. Um dorthin zu gelangen, können die Schüler:innen jedoch nicht das Bildungsticket in Anspruch nehmen. Das soll sich nun ändern.

Die Straßenschule leistet einen wichtigen Beitrag innerhalb der Dresdner Bildungslandschaft, indem sie die soziale, schulische und berufliche Entwicklung junger Menschen in besonderen Lebenslagen fördert. In der Straßenschule bereiten sich bis zu 30 Teilnehmende pro Schuljahr auf die Schulfremdenprüfung vor. Die jungen Menschen sind in der Regel zwischen 18 bis 27 Jahre alt und ebnen sich durch den Besuch der Straßenschule den Weg in ein selbstbestimmtes Leben. Von 2014 bis heute wurden von der Straßenschule 428 junge Menschen aus allen Dresdner Stadtteilen über Lern- und Kompetenzwerkstätten sowie Schnupperkurse erreicht. Es konnten 60 Schulabschlüsse erreicht werden, davon 11 Hauptschulabschlüsse, 12 qualifizierende Hauptschulabschlüsse und 37 Realschulabschlüsse. Weiterführendes Ziel ist es, eine Ausbildung bzw. eine Arbeitsstelle für die Absolvent:innen zu finden. Die Straßenschule schafft damit Zukunftsperspektiven für junge Menschen in Dresden.

## Vom Bildungsticket ausgeschlossen

Dieses Projekt sucht bundesweit seinesgleichen - nur in Freiburg gibt es eine ähnliche Einrichtung. Da ist es schon fast zu verzeihen, dass die Teilnehmenden der Straßenschule bei der Einführung des Bildungstickets in Sachsen schlicht vergessen wurden. Da die Straßenschule keine allgemeinbildende Schule nach dem Säch-



Straßenschule: Hilfe bei der Suche nach Perspektiven

sischen Schulgesetz ist, dürfen die Teilnehmenden der Lerngruppen nach derzeitiger Gesetzeslage das Bildungsticket des Freistaates Sachsen nicht nutzen. Damit ist die Schwelle für Teilnehmende, die aus allen Dresdner Stadtteilen kommen, unnötig erhöht.

Diesen Umstand will die Linksfraktion im Dresdner Stadtrat nun ändern, indem sie in einem Antrag den Oberbürgermeister dazu auffordert, sich beim Sächsischen Ministerium für Wirtschaft und Arbeit dafür einzusetzen, dass auch die Teilnehmer:innen der Straßenschule das Bildungsticket nutzen können. Als Zwischenlösung soll den Teilnehmenden eine Abo-Fahrkarte zu den Konditionen des Bildungstickets von derzeit 15 Euro monatlich zur Verfügung gestellt werden. Außerdem sollen den Teilnehmenden rückwirkend zum 1. August 2021 die glaubhaft gemachten Kosten erstattet werden, welche ihnen bei der Absolvierung ihres Schulweges entstanden sind. Damit leistet unsere Fraktion einen ganz praktischen Beitrag für mehr Bildungsgerechtigkeit in Dresden.

Anne Holowenko



## GANZHINTEN LINKS

# Kein Auge zudrücken

**W**as passiert, wenn der amtierende Oberbürgermeister keine korrekten Wahlunterlagen einreicht? Diese Frage beschäftigt Dresden und auch die Rechtsaufsichtsbehörde. Noch ist nicht bekannt, wie die Landesdirektion entscheidet, aber das Dilemma ist kaum aufzulösen.

Natürlich ist es unter demokratischen Gesichtspunkten fragwürdig, wenn CDU und FDP ohne Kandidaten dastehen und nicht gewählt werden können. Ist es noch eine faire Wahl, wenn man nur noch zwischen Rot, Rot und Grün und rechts außen entscheiden kann? Mancher plädiert deshalb dafür, es nicht so genau zu nehmen.

Das würde andere Fragen aufwerfen: Auch in der Vergangenheit sind schon Kandidaten an fehlerhaften Aufstellungsverfahren oder unrichtigen Unterlagen gescheitert, zuletzt ein Teil der AfD-Landesliste zur Landtagswahl. In früheren Jahren traf es auch die PDS bzw. DIE LINKE. Wie würde es wohl in der Öffentlichkeit ankommen, wenn die Landesdirektion bei einem FDP-Oberbürgermeister ein Auge zudrückt?

Und was passiert eigentlich, wenn die Landesdirektion zwar gnädig ist, das zuständige Gericht das nach der Wahl aber ganz anders sieht? Dann fängt alles von vorn an: Aufstellung, Wahlkampf, erster Wahlgang, zweiter Wahlgang inklusive aller Kosten bei allen Beteiligten. Den Schaden hätten dann alle Parteien, die Stadt Dresden und natürlich die Dresdner Bevölkerung.

Und was heißt überhaupt »FDP-Oberbürgermeister«? Der FDP wären diese Fehler vermutlich nicht passiert.

Aber Dirk Hilbert wollte sich ja unbedingt von einem Verein »Unabhängiger Bürger« aufstellen lassen. Dumm nur, wenn diese »Unabhängigen Bürger« nicht nur mit dem Aufstellungsverfahren überfordert, sondern gar keine Dresdner sind. Das heißt freilich nicht, dass sie nicht an Dresden interessiert wären. Einer davon – der, der fälschlicherweise unterschrieben hat – organisiert mit seiner Firma immerhin für einen fünfstelligen Betrag aus der Stadtkasse das Dresdner Stadtfest und er soll – welcher Zufall – auch die Hilbert-Wahlkampagne organisieren. *Jens Matthis*



Wer zieht ins Rathaus ein?



Leichtathletik-Sportfest 1986 im Steyer-Stadion

# Neues Steyer-Stadion

## Ein Multifunktions-Sportkomplex mit Geschichte

Dresden verfügt mit seinem derzeitigen Grundstücksbestand nicht mehr über die notwendigen Flächen, um alle Aufgaben im Bereich der Daseinsvorsorge sowie zur Erfüllung der Ziele, die in den einzelnen Fach- und Zielkonzepten verankert sind, erfüllen zu können.

Vor mehr als hundert Jahren begannen die ersten DSC-Mitglieder auf den Ostrawiesen mit sportlichen Übungen. Am 12. Oktober 1919 wurde mit dem Fußballspiel des DSC gegen den VfB Leipzig das Stadion im Ostragehege eröffnet. Seit 1949 trägt das Stadion den Namen des ehemaligen KPD-Mitgliedes und Arbeitersportlers Heinz Steyer. Bereits am 31. Dezember 1949 fand das erste Flutlichtspiel im Stadion statt. 1972 wurde das Stadion für Leichtathletik-Wettbewerbe modernisiert. Die Traversen wurden für eine moderne Laufbahn zurück gebaut, für Marathonläufe und Friedensfahrten entstand das Marathontor. Seitdem war das Stadion Veranstaltungsort vieler Sportevents und mit bis

zu 40.000 Zuschauern immer gut besucht. Mittlerweile sind auch die Footballer der Dresden-Monarchs hier zuhause. Leider setzten mehrere Hochwasser dem Stadion mächtig zu. Die Holztribüne (Nordtribüne) wurde 2002 komplett gesperrt, wenig später abgerissen und von 2015 bis

37,3 Millionen Euro für die vollständige Sanierung und den Umbau des Stadions. Der Freistaat Sachsen steuert etwa 4,8 Millionen Euro bei.

Doch es treten erste Probleme auf. Für eine Erweiterungsmöglichkeit der Zuschauerkapazität von 5000 auf bis zu 15.000 Sitzplätze in den Kurven bedarf es ungeplanter baulicher Veränderungen. Die Tragkraft des aufgeschütteten Walls reicht für die geplanten mobilen Zusatztribünen nicht aus. Die Stadt geht von etwa 1,8 Millionen Mehrkosten aus. Es bleibt die Hoffnung, dass nicht noch mehr Korrekturen an der Bauplanung nötig sein werden, die Kostensteigerungen und oder Bauzeitverlängerungen nach sich ziehen. Das neue, traditionsreiche Stadion mit der Multifunktions Sportstätte in der Südtribüne könnte dann planmäßig 2023 eröffnet werden.

*Margot Gaitzsch*

## Das neue Stadion könnte 2023 eröffnen

2017 neu gebaut. Damit waren allerdings auch ein Wahrzeichen und eine bauliche Besonderheit des Stadions verschwunden.

## Millionen für die Sanierung

2018 beschloss der Stadtrat die Bereitstellung der notwendigen finanziellen Mittel in Höhe von

■ Infos unter: [www.dresden.de/de/leben/sport-und-freizeit/sport/heinz-steyer-stadion.php](http://www.dresden.de/de/leben/sport-und-freizeit/sport/heinz-steyer-stadion.php)

## VORNE LINKS

Die Fraktion im Dresdner Stadtrat

### Impressum

#### Herausgeber

DIE LINKE. Fraktion im Dresdner Stadtrat  
Rathaus, 1. Etage, Zimmer 208  
Dr. Külz-Ring 19, 01067 Dresden  
[www.linke-fraktion-dresden.de](http://www.linke-fraktion-dresden.de)

#### V.i.S.d.P.

Thomas Feske

#### Kontakt

Telefon: 0351/4882822  
[fraktion@dielinke-dresden.de](mailto:fraktion@dielinke-dresden.de)

#### Redaktion

Thomas Feske, Susann Dietzschold

#### Autor:innen dieser Ausgabe

Anja Apel, Pia Barkow, Christopher Colditz, Thomas Feske, Dr. Margot Gaitzsch, Katalin Gennburg, Katharina Hanser, Magnus Hecht, Anne Holowenko, Elke Kahr, Tilo Kießling, Jens Matthis, Carsten Schatz, André Schollbach, Tilo Wirtz

#### Redaktionsschluss

7. April 2022

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich das Recht auf Kürzungen vor.

#### Bildnachweise

Frank Grätz (1); Franziska Pilz (1); Christopher Colditz (2); Jenny Paul (2); Franziska Pilz (3); Georg Fuchs (3); Another\_Simon/pixabay (3); Silvana Weidinger (3); blickpixel/pixabay (4); janmarcustrapp/pixabay (4); Agata Schindler/Archiv Paul Büttner (5); Nemascope (5); islandworks/pixabay (6); klimkin/pixabay (7); dassel/pixabay (7); dimitrisvetsikas1969/pixabay (7); Wolfgang Kluge/Bundesarchiv (8); Peter Kraayvanger/pixabay (8)

#### Gestaltung und Satz

Ostsüdost

#### Druck

LR Druckerei GmbH

#### Auflage

Die Papierausgabe wird in einer Auflage von 4000 Exemplaren gedruckt.

**DIE LINKE.**  
Fraktion im Dresdner Stadtrat